aurora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

22 Jan/Feb 2022 | Normalpreis: 1€ | Solipreis: 2€

rso revolutionär sozialistische organisation

LEITARTIKEL

Die Impfpflicht, ihre Gegner:innen und Alternativen

Seite 2

AUS DEN BETRIEBEN

***Unter Corona geht die Produktion weiter**

***Und täglich grüßt das Virustier**

***Tarifvertrag Entlastung NRW**

Ab Seite 5

ÖSTERREICH

Kurz ist weg

Seite 9

DEUTSCHLAND

Löhne, Preise und Gewinne

Ab Seite 10

KLIMA

Tunnel, Investoren und ein Brandanschlag

Ab Seite 12

INTERNATIONAL

Der Fall Julian Assange

Ab Seite 14

2022 — Das Jahr 3 der Pandemie

Globale Massenbewegungen, Generalstreik, der Sturz der Bourgeoisie, Sozialismus ... das wäre das Wunsch-Editorial für die erste Aurora Ausgabe 2022, aber noch sind wir nicht so weit.

Die Pandemie hält uns nach wie vor fest im Griff — dem ohnehin überlasteten Gesundheitssystem rennen die Pflegekräfte davon, denen es nach zwei Jahren Corona und kaum mehr Dank als einem feuchten Händedruck jetzt endgültig reicht. Für die Beschäftigten der Länder ist ein Abschluss herausgekommen, der weit unter der Inflationsrate liegt. So bieten die bürgerlichen Regierungen nichts, außer der Spaltung zwischen Geimpften und Ungeimpften, auch beschreiten sie den grünbepinselten Pfad in die Klimakatastrophe munter weiter. Und NATO und Russland spielen ihr gefährliches Spiel weiter, zwischen ihren Machtkämpfen wird nicht nur die Ukraine zerrieben.

Wer dabei auf der Strecke bleibt, ist klar: Es sind die Arbeiter:innen, die Prekären, die Jugend.

Doch was bleibt im Jahr drei der Pandemie, in der der Kapitalismus seine Unfähigkeit zeigt eine Pandemie global zu bekämpfen, oder eine Klimakatastrophe, die von Jahr zu Jahr mehr ihre zerstörerische Kraft entfaltet. Die Zeit rennt.

Und so können wir uns in diesen Zeiten erneut sammeln, schütteln und entscheiden, dass wir nicht verzagen wollen:

Denn auch dieses Jahr startet nicht ohne Proteste, nicht ohne Widerstand. Ob in Kasachstan, in der Lobau, global gegen die Macht der Geheimdienste, oder vom Schreibtisch aus der Quarantäne, wir kämpfen gemeinsam für ein besseres neues Jahr! ■

P.S.: Ihr könnt euch ab jetzt für unser Sommercamp anmelden, und das wird super, versprochen!

Die Impfpflicht, ihre Gegner:innen und Alternativen

Wenn man gerade nach einer Frage sucht, über die man sich möglichst gut streiten kann, ist es wohl die Impfpflicht. Impfpflicht für alle? Nur für bestimmte Berufsgruppen? Und was hat es mit den Demos gegen die Corona-Maßnahmen der Regierung auf sich?

Impfpflicht für wen?

Eine Impfpflicht ausschließlich für einzelne Berufsgruppen wird von diesen verständlicherweise als ungerecht empfunden. Viele Arbeitende, auch im Gesundheitsbereich, machen regelmäßig die Erfahrung, dass von den Chefetagen und Politiker:innen keine Lösungen für ihre drängenden Probleme (Personalmangel, Überarbeitung, gerechte Bezahlung, ...) kommen. Umgekehrt nehmen Kontrolle, Vorschriften und Bürokratie weiter zu. Und jetzt sollen die Pflegenden noch als Einzige zur Impfung verpflichtet werden? Nicht wenige Pflegekräfte denken sich: Wenn eine Impfpflicht, dann eine allgemeine Impfpflicht.

Wir sind dafür, dass möglichst viele Menschen schnell geimpft werden – und zwar weltweit! Die Vorteile einer Impfung überwiegen die geringen Risiken. Ohne Impfungen wird es nicht möglich sein, Corona in den Griff zu bekommen und die Pandemie mit ihren immer neuen Infektionswellen zu beenden. Dabei geht es nicht nur um den persönlichen Schutz, sondern auch um einen Beitrag zur Erreichung der notwendigen Durchimpfungsrate und um Solidarität gegenüber Risikogruppen und Älteren sowie dem überarbeiteten Gesundheitspersonal. Wir lehnen eine Impflicht nicht prinzipiell ab. Durch eine solche wurden in der Vergangenheit die Pocken ausgerottet, es gab auch erfolgreiche Impfkampagnen gegen Kinderlähmung, Röteln oder Masern.

Bürgerliche Politik versagt bei der Pandemiebekämpfung

Seit Monaten müsste es in Deutschland viel mehr niedrigschwellige Impfangebote geben, insbesondere auch mit mehrsprachigen Aufklärungskampagnen. Stattdessen wurden Ende September die meisten Impfzentren geschlossen und die Stimmung verbreitet, die Pandemie sei so gut wie vorbei. Der neue Gesundheitsminister Lauterbach verkündete dann im September einen Impfstoffmangel. Es gäbe also viel anderes zu tun, um die Impfquote schnell zu steigern, als aktuell über eine Impfpflicht zu debattieren.

Auch in Österreich erklärte der mittlerweile Ex-Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz bereits im Sommer 2021 die Pandemie für beendet — allerdings nur für Geimpfte. Und wie schon im letzten Herbst wurden trotz steigender Infektionszahlen Maßnahmenverschärfungen und ein Lockdown aufgrund von Kapitalinteressen, politischen Machtspielchen und Wahlkämpfen so lange hinausgezögert bis er unausweichlich wurde. Die herrschende Politik hat hoch gepokert und auf eine hohe Durchimpfungsrate im Herbst gesetzt. Als ab Sommer die Impfraten stagnierten, passierte: Nichts! Sebastian Kurz und die ÖVP waren mit ihren zahlreichen Korruptionsskandalen beschäftigt, die Grünen damit, die Koalition der beiden zu retten.

In dieser Situation erscheint eine Impflicht als unausgegorene und polarisierende Einzelmaßnahme. Das Versagen der bürgerlichen Politik beschränkt sich jedoch nicht auf die Dummheit, Abgehobenheit und Unfähigkeit einzelner Politiker:innen – es ist vielmehr Ausdruck der Widersprüche

des Kapitalismus. Für die großen Konzerne hat die Politik nicht versagt. Sie hat immer deren Interessen im Blick, nicht ohne allerlei Widersprüche hervor zu rufen. So fürchten die Unternehmen in der Angst um ihre Profite den Lockdown bis die Aussichten des Infektionsgeschehens schlimmer als ein Lockdown erscheinen. Orientiert wird sich also sicher nicht an Gesundheit oder einem angenehmen Leben für den Großteil der Menschen.

Verständliche Ängste und Misstrauen?

Die bisher Ungeimpften sind keine homogene Gruppe und längst nicht alle von ihnen beteiligen sich an Querdenker -Demos. Statt die Ungeimpften, die uns angeblich alle aus „Dummheit" absichtlich gefährden, zum Feindbild zu machen, wie es die politische Öffentlichkeit und manche Medien betreiben, braucht es eine verantwortliche und nicht moralisierende Aufklärung auf Augenhöhe. Bei manchen Menschen stellt schlicht deren strukturelle gesellschaftliche Ausgrenzung durch Marginalisierung, Sprachbarrieren und Rassismus, eine massive Zugangsschranke zur Impfung dar.

Viele Ungeimpfte treibt auch ein Misstrauen gegenüber der Pharmaindustrie – verständlich angesichts einer schleichenden Privatisierung im Gesundheitssystem und wachsenden Milliardenprofiten. Andere kritisieren zu Recht, dass vermeintliche „Kollateralschäden" von einschränkenden Maßnahmen und Lockdowns, wie etwa die Zunahme psychischer Erkrankungen zu wenig Beachtung finden. Das liegt sicherlich daran, dass eine akute Pandemie den Kapitalkreislauf viel unmittelbarer stört als steigende Burnout-Raten und Tote durch Feinstaubbelastung und zunehmende Hitzewellen. Dass viele Menschen den Ansagen und Versprechungen von Politik und Expert:innen misstrauen ist ebenfalls nachvollziehbar. Schließlich werden auch Sozialkürzungsprogramme, Anhebungen des Rentenalters, Flexibilisierung und Prekarisierung als alternativlos dargestellt. Dass Großunternehmen wie Lufthansa und Co Rettungspakete in Milliardenhöhe erhielten, während der Rest der Bevölkerung auf verschiedene Weise die Leittragenden der Pandemie waren und sind, trägt sicherlich auch zur Ablehnung der Regierungspolitik bei.

« Dass Großunternehmen wie Lufthansa und Co Rettungspakete in Milliardenhöhe erhielten, während der Rest der Bevölkerung auf verschiedene Weise die Leittragenden der Pandemie waren und sind, trägt sicherlich auch zur Ablehnung der Regierungspolitik bei. »

Doch das alles spricht nicht dagegen, sich impfen zu lassen.

Die gigantischen Gewinne der Pharmakonzerne bedeuten nicht, dass deshalb die Impfstoffe schlecht oder ungenügend erforscht sind, denn diese Gewinne sind längst nicht die einzigen Interessen innerhalb der herrschenden Klasse. Es stimmt, dass Forschung und Entwicklung der Pharmakonzerne von den zu erwartenden Renditen abhängig sind und nicht vom gesellschaftlichen Nutzen.

Allerdings liegt es gleichzeitig in ihrem Interesse, die Corona-Pandemie unter Kontrolle zu bekommen und nicht ständig wirtschaftliche Einbrüche wegen erzwungenen Lockdowns zu erleiden. Insofern können wir einerseits weiterhin die Profitinteressen anprangern, gleichzeitig aber auch davon ausgehen, dass während einer globalen Pandemie die Anstrengungen von tausenden Wissenschafter:innen zur Entwicklung von Impfstoffen und deren Kontrolle durch die Behörden qualitativ gute Ergebnisse liefern.

« Wir sind dafür, dass möglichst viele Menschen schnell geimpft werden – und zwar weltweit! »

Unsolidarisch und Rechts

Die Opposition gegen die Impfung lässt sich jedoch nicht allein auf Ängste, Misstrauen und Ausgrenzung reduzieren. Wie üblich schaltet sich hier die radikale Rechte ein, um die Ängste vieler Bevölkerungsgruppen zu instrumentalisieren. Auch wenn längst nicht alle davon Rechtsradikale sind, haben aber tausende Menschen anscheinend kein Problem damit, auf einer Demo gemeinsam mit Nazis zu protestieren, mit dem Vorwand, es gehe ihnen ja allein um Corona und die Maßnahmen. Ist man selber betroffen, ist man "gegen die Diktatur", gegenüber anderen werden hingegen autoritäre Maßnahmen gefordert.

Genau an dieser vermeintlich unpolitischen Wurstigkeit können Rechtsextreme und Nazis mit ihren Querfrontkonzepten andocken. Darin spiegelt sich auch das niedrige politische Bewusstsein vieler Arbeitenden, die aus „Pragmatismus" keine Berührungsängste mit Rechten haben. Es ist aber auch ein Ausdruck des politischen Rechtsrucks der letzten Jahre, der von konservativen bis sozialdemokratischen Politiker:innen mitgetragen wurde.

Dazu kommt eine über Jahre kultivierte unsolidarische Grundhaltung. Warum soll *ich meine* Freiheit aufgeben? *Ich* bin ja gesund … Dass man andere Menschen anstecken und gefährden kann, wird ignoriert oder billigend in Kauf genommen. Es dominiert eine sehr individualistische, egozentrische Vorstellung von „Freiheit" .Diese egoistische Rücksichtslosigkeit ist dabei nur die konsequente Fortführung der entsolidarisierenden rechten Propaganda der letzten Jahre – auch wenn sich Regierung und Demonstrant:innen jetzt scheinbar gegenüberstehen.

Es ist davon auszugehen, dass rechtsextreme Gruppierungen sich in den nächsten Jahren in Folge der Corona-Proteste stabilisieren und stärken können. Die gerechtfertigte Skepsis

gegenüber der Regierung und dem bürgerlichen Staat wird somit in die falsche Richtung gelenkt.

Die wirklichen Probleme der Corona-Krise

Es herrscht ein gesellschaftliches Vakuum an umfassenden linken Antworten auf die Pandemie und die Corona-Politik der Herrschenden. Während Unternehmen Rekordgewinne schreiben und völlig undurchsichtige Hilfen in Milliardenhöhe erhalten, sind es die Arbeitenden, die unter der hohen Inflation, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und den Unsicherheiten besonders leiden. Die Corona-Maßnahmen waren die letzten Jahre ein inkonsequenter Zickzackkurs mit mangelnder Vorbereitung auf die jeweils nächste Welle.

Freiheit … für den Impfstoff

Das Festhalten vieler, und vor allem der deutschen Regierung, an den Patenten führt dazu, dass der Impfstoff weltweit noch immer Mangelware ist. Ganze Weltregionen mit vielen Ungeimpften sind ein Herd für neue Mutationen des Coronavirus – und werden das wohl auch in Zukunft bleiben, wenn nichts unternommen wird. Dabei beruhen sämtliche Grundlagenforschungen für die Impfungen auf staatlicher Forschung und öffentlich finanzierten Universitäten. Aber wie üblich werden die Gewinne privatisiert, statt die gewonnenen Erkenntnisse dem Gemeinwohl zugutekommen zu lassen. Die Pharmaindustrie funktioniert nur nach Profiten und befriedigt nur zahlungskräftige Nachfrage. Die Gesundheit und Bedürfnisse von Patient:innen stehen nicht im Vordergrund.

Für die Impfung – Gegen die Regierung

Unsere Praxis im Alltag muss es sein, für die Impfung einzutreten und etwaige Ängste auszuräumen, während wir gleichzeitig die bürgerliche Regierung in Aktionen und Worten bekämpfen. Die Impfpflicht bezeichnen wir als das was sie ist: ein Ausdruck der Hilflosigkeit der Herrschenden in einer selbst verschuldeten Situation. Unsere Aufgabe ist es nicht, die Regierungen dabei noch zu unterstützen, sondern für eine wirkliche Perspektive gegen die Regierung einzutreten, das Gesellschaftssystem zu stürzen und eine demokratische und sozialistische Gesellschaft unter Arbeiter:innen-kontrolle aufzubauen.

Der Kapitalismus wird immer wieder ungenügende Antworten auf Krisen bieten. Der Kampf der arbeitenden Bevölkerung äußert sich heute zum Beispiel in den – oft isoliert geführten – Kämpfen gegen Entlassungen während der Krise und für bessere Bedingungen in der Pflege.

So lange der Kampf für die Interessen der gesamten Arbeiter:innenklasse aber nicht organisiert geführt wird, werden die Arbeitenden immer wieder für die Krisen zahlen müssen. Deshalb müssen die Kämpfe der Arbeitenden unterstützt, vorangetrieben und dabei gleichzeitig geduldig eine antikapitalistische revolutionäre Perspektive vertreten werden. ■

RSO Deutschland und Österreich

Dies ist eine gekürzte Fassung. Den vollständigen Artikel findet ihr hier:

Unter Corona geht die Produktion weiter ...

Auf eigene Gefahr?

Seit Anfang der Pandemie bleibt die einzige Sorge der Betriebsleitungen der Siemensstadt im Westen Berlins, die Produktion weiter zu führen. Bei Siemens wurden die Schichten getrennt, sodass sie sich im Betrieb nicht treffen. Die Spätschicht kommt ins Gebäude erst ¼ Stunde nachdem die Frühschicht fertig ist. Bei Osram wurden aber trotzdem fünf Leute aus einer Abteilung angesteckt.

Mit Corona finden die Betriebsversammlungen online statt, was die Betriebsleitungen nicht stört ... So bekommen sie keine schlechten Fragen: bei einer Videokonferenz ist es leicht, eine Frage zu beseitigen! Die Betriebsleitung nützt die Situation um die Individualisierung des Verhältnisses mit dem Arbeitgeber zu verschärfen. Siemens stützt sich auf eine „Sozialberatung", die sich als „Blick von außen" präsentiert, um die persönlichen Probleme zu behandeln. Es sei hilfreich zum Beispiel die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben mit der Sozialberatung zu diskutieren. Was könnte aber die Sozialberatung des Betriebs zum Beispiel zu einer Kollegin, die anfängt, in Nachtschichten zu arbeiten, sagen? Ihr Familienleben wird sowieso erschwert.

Das Problem des Lockdowns

Als Ende November in Osram ein Kollege positiv auf Corona getestet wurde, hat die Betriebsleitung alles gemacht, um den Vorfall klein zu reden. Vier andere Kolleg:innen haben sich angesteckt und wurden in Quarantäne geschickt, und die Produktion ist weitergelaufen. Erstens wäre es notwendig gewesen, gleich die Abteilung zu schließen, um gründlich alles zu putzen. Zu der Zeit wurden Bilder in den Medien veröffentlicht, mit Soldaten in Seuchenschutzanzügen, die Desinfektionsmittel versprühen. Dies dürfte allerdings auch eher der Propaganda, man tue etwas, gedient haben.

Hauptübertragungsweg ist auch nach heutigem Wissensstand die Luft. Fünf Fälle in einer Abteilung, wie es der Fall war, kann man wohl als Cluster bezeichnen. Es sollte dann die ganze Abteilung plus Nachbarbereiche getestet und bis zum Vorliegen des PCR-Testergebnisses nach Hause in betriebliche Quarantäne kommen. Man erinnere sich an die Fleischfabriken im Juni 2020: nachdem 657 von 938 Mitarbeiter:innen positiv getestet wurden, wurde die gesamte Fabrik geschlossen. Als die Betriebsleitung Osrams das Problem entdeckte, war es sowieso zu spät, um zu lüften. Die sicherste Lösung, die Abteilung zu schließen, wurde auch nicht vom Betriebsrat erwähnt.

Überall drohen die Betriebsleitungen mit Stellenabbau, sodass die Forderung einer — auch nur vorläufigen — Einstellung der Produktion nicht spontan entsteht. Bei Osram gibt es seit ein paar Monaten Anstellungen, weil die neue Fertigungslinie für Kinolampen besetzt sein soll. Das ist aber die Ausnahme, die die Regel bestätigt: überall wird gerne die Produktion nach China oder anderen „Schwellenländern" verlagert. Trotz der positiven Auftragslage sorgen Ausgliederungen und Verschmelzungen von Abteilungen für weitere Unsicherheit.

Der „Wandel zu New Normal"

Das Motto der Bosse bleibt, lieferfähig zu bleiben, damit die Kunden weiter bei „uns" bestellen, koste es was es wolle! Sicher haben die Kolleg:innen von den Coronazuständen die Nase voll. Im Juni 2020 erfand der Siemens-Vorstand das Konzept des „New Normal", das später von Osram übernommen wurde (das Management des ehemaligen Unternehmenssegments von Siemens schielt offensichtlich auf den alten Mutterkonzern). Ziel des „New Normal" ist, die Anstrengungen, die mit Corona den Mitarbeitern abverlangt wurden, für „normal" zu erklären. Die Corona-Fälle führen zu einem Personalmangel? Dann werden zum Beispiel Leute in den Büros angefragt, ab und zu bei der Fertigung zu arbeiten, natürlich „freiwillig"! Siemens kann immer ankündigen, das Ziel sei, dass keine neue Ansteckung im Betrieb stattfindet (was sowieso nicht nachprüfbar bleiben wird). Die Leute kommen jedoch zur Arbeit, mit der nachvollziehbaren Angst, sich da anzustecken. Ist das die „Neue Normalität"? ■

Lorenz Wassier, Berlin

Ausschnitt der Boss-Propaganda beim Messgerätewerk

Pflege in Deutschland unter Corona:

Und täglich grüßt das Virustier …

Die 4. Corona Welle rollt über Deutschland, Zehntausende Neuinfektionen täglich und weder 3 noch 2G+ helfen wirklich aus der Krise. Viele haben dabei das Gefühl, die Misere wiederholt sich nun jedes Jahr: Im Herbst sind die Politiker:innen überrascht, dass die Infektionszahlen zunehmen, im Winter totales Chaos und im Sommer dann wieder einigermaßen coronafrei. Eine weitere Konstante dieser Misere: die Überforderung des deutschen Gesundheitssystems.

Pandemie und Gesundheitssystem

Dabei trifft die Pandemie in Deutschland auf ein Gesundheitssystem, welches technisch hoch gerüstet ist. Im internationalen Vergleich findet sich in deutschen Krankenhäusern oft nur das Beste und Teuerste. So gibt es in Deutschland im europäischen Vergleich die meisten Kernspintomographen und es werden auch Spitzenpositionen bei der Anzahl an CT-Geräten oder Hybrid-OPs belegt. Statistisch führt Deutschland auch mit der Zahl der Klinikbetten. So gab es trotz jahrelangen Abbaus immer noch acht Klinikbetten je 1000 Einwohner:innen.

Aber egal wie großartig die Statistiken aussehen, die Realität an deutschen Krankenhäusern sieht anders aus – allen voran Personalmangel und schlechte Arbeitsbedingungen. Geschuldet ist dies vor allem durch die Finanzreformen im Gesundheitssektor mit der Einführung von DRGs[1] um die Jahrtausendwende – dieses System sollte und hat Klinken marktkonform gemacht. Seitdem wurde mehr denn je Personal von den Manager:innen der Krankenhäuser als Kostenfaktor betrachtet – und daher wurde und wird hier massiv gespart.

Folgerichtig wunderte sich kaum jemand von den Kolleg:innen in den Kliniken, dass z.B. mit einer Zahl von ITS-Betten[2] gerechnet wurden, die niemals wirklich zur Verfügung standen, weil nun mal ein Bett keine/n Patienten/in versorgt, sondern immer das dem Bett zugeordnete Personal. Daher war es auch keine Überraschung, dass die Zahlen der Betten im Laufe der Pandemie immer weiter nach unten korrigiert wurden.

Corona, Personalmangel und Bettenkapazitäten

Anfang des Jahres 2021 war die 3. Welle mit Delta, auf die die 4. Welle Ende des Jahres folgte – natürlich mit eigener Mutante namens Omikron. In der dritten Welle wurde tatsächlich in vielen Gegenden der Punkt erreicht, an dem so viele ITS-Betten belegt waren, dass es zu Verlegungen kommen musste und es die Gefahr gab, dass die betreibbaren ITS-Betten nicht mehr ausreichen würden.

Die Belastung des Personals war während der gesamten Zeit hoch. In der Zeit zwischen der 3. und 4. Welle ist es anscheinend zu der befürchteten weiteren Personalflucht gekommen (die Zahlen differieren sehr stark je nach Quelle). Dabei sind wohl viele ITS Pflegekräfte in die Teilzeit gegangen, aber sicher haben auch einige die Kliniken komplett verlassen. Dies führte dazu, dass in der 4. Welle erneut die Zahl der zur Verfügung stehenden ITS-Betten nach unten revidiert werden musste. Im Januar 2021 waren 5800 und im Dezember 2021 etwa 5000 ITS-Betten mit Covid-Patient:innen belegt.

Die Zahlen stagnieren zurzeit, aber die Angst vor Triagierung[3] wird wieder akut, welche zusätzlich befeuert wird durch enorm hohe Infektionszahlen. Kolleg:innen von Teststellen berichten von unfassbaren Raten an positiven Schnelltests an einem Tag von 25 % und mehr. An der Charité werden derzeit 40 oder mehr Kolleg:innen pro Tag positiv mittels PCR-Test getestet, verglichen zu durchschnittlich 1 bis 10 positiven Tests pro Tag in den letzten Monaten.

Auch das Mittel der Personalverschiebung auf Intensivstationen wird die drohende Personalnot auf den Corona-Stationen nicht mehr verhindern können. In der dritten Welle gab es viele Verschiebungen von Personal in den Kliniken auf ITS-Stationen und Kolleg:innen, die dann dort bleiben wollten, sind geblieben. Diejenigen, die zurück auf ihre alte Station sind, fragen nun oft: Warum schon wieder ich? Aber es gab auch Kolleg:innen, die einfach nicht wechseln wollten – und werden es jetzt wohl immer noch nicht wollen. Dies neben den Problemen, die sich aus nicht vorhandener Erfahrung und Einarbeitung ergeben. Es wird also schwerer für das Management, Personal für die ITS von anderen Stationen zu holen.

Gleichzeitig ist die Sensibilität dafür gestiegen, dass das Verschieben von Personal auf ITS und in andere Corona-Bereiche die Kapazitäten für andere Behandlungen so weit verknappt, dass dies zu einem ernsthaften Problem für Nicht-Covid-Patient:innen wird. Die Warteliste für verschobene OPs ist z. B. so lang, dass sogar Tumoroperationen verschoben werden müssen.

IMPFPFLICHT FÜR PFLEGEPERSONAL?

Die Angst vor weiterer Personalnot wird genährt durch die angekündigte Impfpflicht in Einrichtungen des Gesundheitswesens. Noch gibt es nur Schätzungen, wie viele des medizinischen Personals sich nicht impfen lassen wollen – es wird zwischen 5 bis 15 % geschätzt. Der 15.03.2022 ist der Stichtag, doch noch herrscht ein großes Rätselraten, wie die Impfpflicht umgesetzt werden soll. Die Kliniken melden Nichtgeimpfte an das Gesundheitsamt (GA) … und dann? Sind die GAs nicht schon so völlig überfordert? Die Kolleg:innen dürfen dann nicht mehr arbeiten? Werden gekündigt? Sind nicht mehr sozialversichert? Und das für ein Gesetz mit Laufzeit bis 31.12.2022?

Natürlich gibt es unter den Klinikbeschäftigten eine genauso große Vielfalt an Positionen zur Impfung und Impfpflicht, der Pandemie und den Maßnahmen. So manch Kolleg:in, die sich impfen und boostern ließ, fragt sich nun, ob sie zum Dank nun auch noch für die Impfskeptiker mitarbeiten muss. Wohlgemerkt, impfen schützt nicht zuverlässig vor Erkrankung. Bei einer nächsten Runde des Boosterns – und dazu wird es wohl kommen angesichts des Impfnationalismus des Westens, könnte so manch jüngerer Kollege noch mal anders darüber denken, ob er sich erneut impfen lässt.

Dieser Eindruck verstärkt sich nun auch noch durch die gelockerten Quarantänemaßnahmen. Kontakte müssen nicht mehr in Quarantäne, Positive/Erkrankte können sich nach 7 Tagen freitesten lassen, wenn die 48 Stunden symptomfrei sind. Klar irgendwie muss die Versorgung auch jetzt aufrechterhalten werden, wir produzieren ja keine Autos, auch wenn das Management das nicht zu wissen scheint. Doch diese sich ständig ändernden Regeln sorgen überall für noch mehr Verwirrung, und wohl auch dazu, dass die Menschen sich weniger schützen können und die Infiziertenzahlen schnell noch höher werden.

Coronaprämien für alle!

Die von der Ampel-Regierung in Aussicht gestellte „Corona-Prämie“ kann beim besten Willen nicht die Motivation in den Kliniken steigern. Es sollen diesmal noch weniger Kolleg:innen bedacht werden. Klar auf ITS ist sehr viel zu tun, aber all die anderen Stationen und Bereiche wie Catering, Reinigung, Transport usw. halten das Kliniksystem genauso am Laufen.

Diese Prämie ist auch ein Zeichen dafür, was die Politik wirklich von uns hält: anstatt besserer Löhne und Arbeitsbedingungen, gibt es Prämien für Wenige, anstatt nach einer bedarfsorientierten Gesundheitsversorgung wird nach Profiten gestrebt und wir, Kolleg:innen und Patient:innen, bleiben auf der Strecke. Doch was können wir tun?

Der Streik in Berlin für einen Entlastungstarifvertrag und die gleiche Bezahlung auch in sog. Tochterfirmen ist ein Beispiel, was wir machen können. Mehrere Wochen haben Kolleg:innen gestreikt, um Personalnot, Versorgungsprobleme usw. zu thematisieren und diese zu verändern. Von den Spaziergängern oder Querdenkern war übrigens keiner dabei zu sehen. Die erkämpften Tarifverträge und die von ver.di geforderte PPR 2.0[4] können aber ein an sich völlig falsch ausgerichtetes Gesundheitssystem nicht geraderücken, sondern sollten die Diskussion eröffnen, wie künftig die Gesundheitsversorgung aussehen sollte und wer darin das Sagen hat. ■

Havannas Obst, Dimitri Otto und Rosa Anders, Berlin

Referenzen

1 DRGs = Diagnosis Related Groups (Fallpauschalen). Mehr dazu auf: https://www.krankenhaus-statt-fabrik.de/1

2 ITS = Intensivstation

3 Triage = Verfahren zur Priorisierung medizinischer Hilfeleistung bei unzureichenden Ressourcen

4 PPR – Pflegepersonalregelung (eine Methode zu Berechnung von nötigem Personal auf Station)

Nach der Tarifrunde ist vor dem Streik

Tarifvertrag Entlastung in NRWs Unikliniken

Dem Beispiel der Berliner Krankenhausbewegung folgend wollen nun auch Krankenhausbeschäftigte an den sechs Unikliniken in NRW einen „Tarifvertrag Entlastung“ für alle Kolleg:innen in den Häusern erkämpfen. Schon 2018 hatte es in Düsseldorf und Essen wochenlange Streiks gegeben, die Umsetzung des Tarifvertrags brachte zwar in einzelnen Stationen echte Verbesserungen, ist aber in den meisten Abteilungen von den Chefs immer wieder hintergangen und mit vielen Tricks verwässert worden. So arbeiten die Krankenhäuser — nach einer kurzen Vorhaltepause wegen Corona — wieder genauso über den Kapazitäten der Kolleg:innen wie vor Corona oder wie vor den Tarifverträgen von 2018.

Damals aber galten nur die Häuser in Düsseldorf und Essen, letzteres sogar mit einem Streikkomitee, als gewerkschaftlich organisiert sowie aus Sicht von ver.di als kampffähig. Die Kämpfe an Rhein und Ruhr, aber vor allem in Berlin an der Spree, haben auch zu vielen Eintritten in den anderen Unikliniken in Aachen, Bonn, Köln und Münster geführt. So werden, wenn am 1. April 2022 die Friedenspflicht in Düsseldorf und Essen ausläuft, erstmals alle sechs Unikliniken gemeinsam für Entlastung kämpfen.

Der Lohnabschluss in der Tarifrunde der Länder hat in den Krankenhäusern ein sehr geteiltes Echo gefunden und manche Spaltungslinie innerhalb und außerhalb der Häuser aufgeworfen. Gerade für das pflegende und medizinische Personal wäre durch Corona vermutlich viel mehr drin gewesen. Aber andere Bereiche waren froh über einen Abschluss vor Weihnachten, weil sie sich nicht kampffähig fühlten. Und der Abschluss von 1300 Euro Einmalzahlung und 2,8 % Lohnerhöhung erst Ende 2022 ist für Kolleg:innen, die weniger als 1800 Euro im Monat verdienen, zumindest in diesem Winter rechnerisch oberhalb der Inflation. Insbesondere in den Kliniken hatte ver.di 300 Euro für alle (nicht nur für die Pflege) gefordert, war davon aber – zum Ärger vieler Kolleg:innen aber auch vieler Aktivist:innen – abgerückt. Einzig die Wechselschichtzulage gibt es tabellenwirksam für alle. Das sorgte in vielen Bereichen für Frust, gerade in „frisch organisierten“ Pflegegruppen wie z.B. in Münster aber fand der Abschluss gute Zustimmung. So ist die Einschätzung des Vertrags insgesamt unterschiedlich, aber die Kolleg:innen gehen mehrheitlich mit dem Gefühl „echt Druck machen zu können“ aus der Tarifrunde.

Für die allermeisten Kolleg:innen in Bonn, Düsseldorf oder Münster ging es neben den Löhnen vor allem darum, endlich eine echte Arbeitsentlastung zu erreichen. Somit war die Lohntarifrunde für sie oft nur ein „Vorspiel“ zur Entlastungsbewegung, die nun bevorsteht.

Und die Vorzeichen sind gut! Neben vielen neuen Gewerkschaftsmitgliedern, die mit dem Willen zu kämpfen und etwas zu erreichen eingetreten sind, wirken die Erfahrung der eigenen Stärke in der Tarifrunde und vor allem das Beispiel der Abschlüsse bei Vivantes und Charité als Mutmacher. In bisher noch nicht gekanntem Maße hat der ver.di-Apparat mit Organizer:innen und dem Konzept von in den Abteilungen gewählten Team-Delegierten die Bewegung demokratisiert und den Kolleg:innen das Gefühl gegeben, wirklich mitentscheiden zu können. Diese Stärke kann sich in Kampfkraft verwandeln – ein Abschluss aber, der über die Stimmung in den Abteilungen und bei den Team-Delegierten hinweggeht, dürfte ver.di in den Krankenhäusern auf lange Zeit jedes Vertrauen kosten. Und tatsächlich können weder die Krankenhausleitungen noch die Landesregierung – in NRW wird im Mai gewählt – angesichts der Pandemie und der weit verbreiteten Sympathie für die Pflege gerade keinen langen Streik gebrauchen.

Am 19. Januar gibt es ein erstes großes Treffen über Zoom. Schon jetzt sind ca. 600 Kolleg:innen aus allen Häusern angemeldet, hier soll es auch Berichte aus Berlin geben. Danach werden Aktivist:innen und Organizer:innen durch die Abteilungen ziehen, über den Berliner Abschluss informieren, Forderungen sammeln und Delegierte wählen lassen. Und wie schon erwähnt, am 1. April endet die Friedenspflicht … ■

Jakob Erpel, Düsseldorf

Kurz ist weg

Der Nächste bitte!

Im Oktober ist Bundeskanzler Sebastian Kurz, nach monatelangen Korruptionsvorwürfen und der Veröffentlichung belastender Chats, „zur Seite" getreten. Er blieb zunächst Chef der ÖVP[1], um sich ein mögliches Comeback offen zu halten. Im Dezember zog er sich ganz aus der Politik zurück. Der bisherige Innenminister und Scharfmacher Karl Nehammer wurde Bundeskanzler und Parteiobmann. Ist das manipulative und korrupte System Kurz damit am Ende?

Sebastian Kurz galt vielen konservativen Parteien als große Zukunftshoffnung, weil er den ständigen Abwärtstrend bei den Wahlergebnissen stoppen und in Zugewinne verwandeln konnte. Aus der schwarzen Volkspartei machte er die türkise *neue* Volkspartei. Er übernahm die rassistische Anti-Migrations- und Recht&Ordnung-Propaganda der rechtsextremen FPÖ[2] und gab ihr ein freundlicheres Gesicht. Damit gewann er nicht nur Stimmen von rechts außen zurück, sondern sorgte für einen deutlichen Rechtsruck in Österreich.

Umfragen und gekaufte Berichterstattung austauschten, das Fass zum Überlaufen. Die ÖVP wendete sich schrittweise von ihrem Hoffnungsträger ab, dessen Image bereits zu sehr angeschlagen war und wohl wissend, dass in weiteren Chats und Ermittlungen noch einiges mehr auftauchen wird. Neben Kurz räumten auch seine engsten Mitstreiter[3] das Feld. Außenminister Schallenberg übernahm für zwei Monate das Bundeskanzleramt von Kurz, machte dann für Karl Nehammer Platz.

> « Es ist gut, dass Kurz weg und die ÖVP weniger dominant ist. An den grundlegenden Kräfteverhältnissen hat sich dadurch aber nichts geändert. »

Sein Team entwickelte ein ausgeklügeltes System der Message Control: eine Medienstrategie, die auf offensive Dominanz setzte und nichts dem Zufall überließ. Kritische Medien wurden finanziell ausgehungert, während Kurz-freundliche Medien Inserate und Förderungen bekamen. Die türkise ÖVP vergrößerte und systematisierte ihr Netzwerk an Großspender:innen, die sich einen noch unmittelbareren Draht direkt in die Regierung und ein Veto gegen jegliche Reichensteuern sicherten. Kurz zentralisierte die Macht in der Partei um sich, die bisher mächtigen Länderorganisationen und Bünde verloren an Einfluss.

Ein Skandal zu viel

Nach monatelangen Korruptionsenthüllungen und einer Hausdurchsuchung in der ÖVP-Zentrale brachten neu veröffentlichte Chatprotokolle, in denen sich Kurz und sein engster Kreis über manipulierte

ÖVP geschwächt?

Der Aufbruch der ÖVP dürfte erstmal beendet sein, in Umfragen verliert sie rund 12 % und könnte ihren ersten Platz wieder an die SPÖ verlieren. Kurz hat für gute Wahlergebnisse gesorgt und damit für die Möglichkeit Regierungen anzuführen. Statt der traditionellen großen Koalition mit der SPÖ, regierte Kurz flexibel zuerst mit der FPÖ, dann mit den Grünen – auch um die verhasste Sozialpartnerschaft zu schwächen. Er hat Politik, die bewusst spalterische Propaganda vorantreibt und gleichzeitig dem Großkapital den roten Teppich ausrollt, zwar nicht erfunden, aber deutlich verfeinert und vorangetrieben. Es ist gut, dass Kurz weg und die ÖVP weniger dominant ist. An den grundlegenden Kräfteverhältnissen hat sich dadurch aber nichts geändert.

Nehammer sieht sich als weder türkis noch schwarz, sondern „beides" (wie er in einem Interview verrät). Und irgendwie stimmt das auch. Die ÖVP kann Kurz und das türkise Experiment nicht ungeschehen machen und die Zeit zurückdrehen. Auch im neu eingesetzten parlamentarischen „ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss" wird die ÖVP Kurz wohl weiter die Stange halten, auch um sich selbst zu verteidigen. Die Partei wird aber wieder stärker „schwarz", insofern Länderorganisationen und Bünde wieder an Macht und Einfluss gewinnen und mit dem Verschwinden der Slim-Fit-Anzüge gleichzeitig auch der Altersschnitt deutlich steigt.

„H … für die Reichen"

Bei Vielem wird sich aber nichts ändern. Der stramme Anti-Migrations-Kurs und die rechte Law&Order-Politik werden fortgesetzt. Bei den Themen Klimaschutz, transparente Parteienfinanzierung, Anti-Korruption und Medienförderung steht die ÖVP weiter auf der Bremse. Die Volkspartei wird auch weiterhin die Hauptpartei des österreichischen Kapitals bleiben. Neben dem direkten Draht superreicher Großspender:innen, könnte der indirekte Draht über parteinahe Interessensvertretungen (Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung, Bünde …) wieder stärker an Bedeutung gewinnen. Die Wege der Herren sind unergründlich. Oder wie Thomas Schmid, türkiser ÖVP-Karrierist und zentrale Person der Korruptionsaffären, es in einer Chatnachricht ausdrückt: „Vergiss nicht – du hackelst (arbeitest, Anm. d. Red.) im ÖVP-Kabinett!! Du bist die Hure für die Reichen."

Johannes Wolf, Wien

Referenzen

1 Österreichische Volkspartei
2 Freiheitliche Partei Österreichs
3 Tatsächlich nur weiße, junge Männer in Slim-Fit-Anzügen

Löhne, Preise und Gewinne

Bei den sehr großen Unternehmen war zum Jahreswechsel große Party angesagt. Die Aktienkurse des DAX robbten sich an ein Allzeithoch heran. Die Gewinnprognosen sind ein Träumchen. Für die Arbeitenden und Sozialleistungsempfänger:innen gab es indes warme Worte vom Bundespräsidenten Steinmeier, der besser nicht über steigende Preise und andere Sorgen redet … doch das ist eines der wichtigsten Themen zum Jahresanfang.

Die einen so …

Der *Spiegel* betitelte im November einen Artikel über die Unternehmensgewinne in Deutschland mit *„Nach uns die Cashflut“*. Trotz Corona und Produktionsschwierigkeiten sind bei vielen großen Unternehmen die Gewinne rekordverdächtig gestiegen. Siemens hatte im November die Belegschaft darüber informiert, dass das letzte Jahr eines der besten Geschäftsjahre seiner Geschichte war. Der Vorstand freute sich über den „highest free cash flow ever“. 8,2 Milliarden bar in der Tasche, stellt euch das vor! Die Autoindustrie hat trotz gesunkener Verkäufe mehr Gewinne gemacht. Das *Handelsblatt* rechnete im Dezember aus, dass die 40 großen DAX-Unternehmen mit 120 Milliarden Euro Nettogewinn und deren Aktionär:innen mit 45 Milliarden Euro Dividende rechnen können; das wäre eine Steigerung von 25 %. Rufen wir uns dabei in Erinnerung, dass nicht wenige dieser Konzerne aus verschiedenen Töpfen sehr hohe „Corona-Unterstützung“ bekommen haben …

Die sehr großen international tätigen Konzerne segeln in günstigen Winden.

… die anderen so

Das große Thema für die allermeisten, die nicht von Dividenden leben, sind die steigenden Preise. Die Inflation ist zurück und hält sich hartnäckig.

Gerade verkündete das Statistische Bundesamt für Deutschland eine aktuelle Inflationsrate von 5,3 % (nach anderen europäischen Berechnungsmethoden sind das 5,7 %). Das ist der höchste Stand seit etwa 30 Jahren. Nach einem starken Anstieg letztes Jahr sind es in Frankreich aktuell 3,4 %. In den USA ist die Inflation inzwischen auf 7 % gestiegen. Die türkische Bevölkerung wird von einer Inflation von 38 % geplagt, wobei die Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln noch höher sind. Die weltweit höchsten Inflationsraten haben Venezuela und Argentinien. Für diese sogenannten Schwellenländer ist die Inflation nicht neu und war schon vor Corona eine Last. Neu ist allerdings der sehr schnelle Preisanstieg, den wir weltweit sehen.

Die offiziellen Inflationszahlen berechnen sich nach einem statistischen Warenkorb. Sie geben also nur einen Durchschnittswert wieder. Wie sich Preissteigerungen konkret auswirken, hat natürlich damit zu tun, wie hoch das Einkommen jeweils ist und wofür es ausgegeben wird. Für eine Familie mit Mindestlohn wirkt sich jede Erhöhung besonders stark aus. Aber diese statistischen Werte, so unpräzise sie sind, sagen viel über die steigende Belastung der Arbeitenden und Sozialleistungsbezieher:innen.

Die Wirtschaftsexperten streiten zwar darüber, ob das Ende der Inflation erreicht ist oder wir erst den Anfang erleben. Aber die Stimmen, die vor Monaten abgewiegelt haben, das Ganze sei nur ein rein statistischer Effekt wegen der abgesenkten Mehrwertsteuer im ersten Corona-Jahr, werden immer stiller. Diese Experten spekulieren nun darüber, ob die Zentralbanken eingreifen sollten und wenn ja, wieviel, als wenn man einen wilden Hurrikan zähmen könnte.

Die rasanten weltweiten Preissteigerungen haben sicher viele Gründe. Aber es ist weniger ein „natürlicher“ Mangel an Gas oder anderen Rohstoffen oder Waren, der das Phänomen erklärt. Das Anziehen der Produktion und der Logistik weltweit nach den Lockdowns läuft nicht reibungslos. Sehr große Konzerne mit Monopolstellungen versuchen die Situation auszunutzen, um besonders hohe Preise durchzusetzen. Dazu kommen die Spekulationen auf den Finanzmärkten. Es sind die Unternehmen, die die Preise bestimmen – also eine sehr kleine Minderheit, die Kapitalist:innen. Alles das ist typisch für das chaotische Funktionieren des Kapitalismus.

Wir müssen damit rechnen, dass die Inflation noch eine Weile ein großes Thema sein wird.

Deshalb ist die Frage nach Erhöhung der Löhne und der Sozialleistungen umso drängender

Denn eine Erhöhung von Löhnen um 20 oder 30 Euro monatlich – wenn es sie überhaupt gibt! – bedeutet bei 5,3 % Inflation (und mehr) ganz schnell eine Verringerung des zur Verfügung stehenden Einkommens.

Wenn Unternehmen „Inflation“ hören, dann erhöhen sie die Preise. Aber wenn sie „Inflation“ hören und Belegschaften, beziehungsweise die Bevölkerung generell, höhere Löhne und Sozialleistungen fordern, gibt es nur Kopfschütteln. Wie kann die Arbeiter:innenklasse sie zwingen, sich

« Es sind die Unternehmen, die die Preise bestimmen – also eine sehr kleine Minderheit, die Kapitalist:innen. »

anders zu verhalten? Wie können wir die Unternehmen zwingen, die Löhne stärker zu erhöhen? Die Sozialleistungen massiv zu erhöhen? Das ist die zentrale Frage!

Im letzten Jahr haben wir erlebt, wie die Unternehmen zusammen mit dem Staat jede Forderung nach Steigerung der Löhne oder Hartz IV abgeblockt haben.

Unter dem Vorwand der Corona-Krise haben viele Unternehmen keine Lohnerhöhungen gezahlt (stattdessen über Kurzarbeit die Löhne gesenkt). Das setzte sich 2021 fort. Auch in den Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst der Bundesländer letzten Herbst setzten sich die „Arbeitgeber" durch. Die Entgelte werden erst wieder Dezember 2022 um 2,8 % steigen. Frühestens Ende 2023 würde es wieder Erhöhungen geben. Die einmalige Corona-Prämie von 1.300 Euro steuerfrei kommt vor allem bei Beschäftigten der unteren Entgeltgruppen gut an. Aber auch im Öffentlichen Dienst halten die Löhne nur knapp mit der Inflation mit. Dieses Ergebnis hat viele Diskussionen unter Aktivist:innen ausgelöst: die verschiedenen im Öffentlichen Dienst beteiligten Gewerkschaftszentralen hatten nur zu einzelnen Streiktagen aufgerufen, nie bundesweit alle gemeinsam, manchmal sogar nur einzelne Dienststellen oder Schulen oder sogar einzelne Berufsgruppen – wäre mehr möglich gewesen? Und wie?

Das Statistische Bundesamt hat errechnet, dass 2021 die tariflichen Entgelte[1] nur um 1,3 % gestiegen sind. Auch das ist nur ein statistischer Wert, der den Durchschnitt wiedergibt. In manchen Branchen gibt es sogenannte „Nullrunden". Außerdem bezieht sich das auf Tariflöhne, was voraussetzt, dass für das Arbeitsverhältnis überhaupt ein Tarifvertrag gilt. Und das ist in Deutschland längst nicht die Mehrheit! Die Situation verschlechtert sich jedenfalls angesichts einer Inflation von derzeit 5,3 %.

Für die Millionen Menschen, die Hartz IV oder Wohngeld oder Mindestlohn erhalten, war die Lage schon vor Beginn der Preissteigerungen ein ständiger Kampf. Zum Januar 2022 gab es jetzt eine unverschämte Erhöhung von gerade Mal 3 Euro (!) für Hartz IV-Bezieher:innen, so dass der Regelsatz für Alleinstehende nun bei 449 Euro liegt. Für Wohngeldempfänger:innen plant die Bundesregierung einen einmaligen Heizkosten-Zuschuss von 135 Euro für einen Einzelpersonenhaushalt. Aber nachdem Gasversorger massenweise Verträge gekündigt haben, liegen die Erhöhungen für Heizung und Warmwasser manchmal bei 500 Euro oder mehr. Der Mindestlohn ist zum Januar 2022 um minimale 22 Cent brutto pro Stunde auf somit 9,82 Euro gestiegen. Alle wissen, dass das selbst bei Vollzeit überhaupt nicht reicht.

Kommen wir also zurück zu der Frage, wie die Arbeiter:innenklasse darauf antworten kann. Es gibt verschiedene Berechnungen, wie stark die Löhne und Sozialleistungen steigen müssten, damit man überhaupt auf einen grünen Zweig kommt. Schon vor Jahren war in gewerkschaftslinken Kreisen die Forderung verbreitet nach Erhöhung um wenigstens 300 Euro monatlich sowie mindestens 1.500 Euro netto monatlich für jeden und dazu eine ständige Erhöhung der Löhne mit den steigenden Preisen. Heute ist sicher mehr nötig. Dafür werden große Proteste und Streiks nötig sein gegen die Unternehmen und den Staat, die sich über die Branchen hinweg gegen die Forderungen der Arbeiterklasse verbündet haben. Aber die Unzufriedenheit steigt. Und wenn die sich in eine organisierte Form bringen ließe, alle zusammen für höhere Einkommen, bezahlt von den sehr großen Unternehmen und Aktionär:innen, dann ließe sich das Blatt wenden. ■

Sabine Müller, Berlin

Referenzen

1 Das sind die Löhne, die mit Gewerkschaften vereinbart sind

„Klimamusterstadt“ Wien

Tunnel, Investoren und ein Brandanschlag

Bereits seit ein paar Jahren regt sich Opposition gegen das Straßenneubauprojekt „Lobautunnel“ am Wiener Stadtrand, seit Monaten sind nun Baustellen durch Klima-Aktivisti[1] besetzt. Es gab Einschüchterungsversuche durch Klagedrohungen und einen Brandanschlag auf das Protestcamp. Anfang Dezember verkündete die grüne Klimaministerin das Aus für einen Teil des Projekts, es droht jedoch ein Rechtsstreit mit unklarem Ausgang. In diesem Konflikt geht es um klimaschädliche neue Straßen, aber auch um die städtische Lebensqualität und ein Kräftemessen zwischen der Klimabewegung und ihren Gegner:innen: Politik und Kapital.

Beim Lobautunnel handelt es sich um ein bereits 20 Jahre altes Projekt für einen massiven Straßenneubau am südöstlichen Stadtrand Wiens. Es besteht zum einen aus dem eigentlichen „Lobautunnel“, einer 19km langen Autobahn, teilweise unter dem Nationalpark Donau-Auen. Zum anderen geht es um den Bau der sogenannten „Stadtstraße“, einer Schnellstraße, die die Verbindung zwischen Lobautunnel, bestehenden Autobahnen und Wohngebieten herstellen soll. Geschätzte Gesamtkosten: 2 bis 5 Milliarden Euro.

Die Stadt Wien vermarktet sich als „Klimamusterstadt“, dennoch will die regierende sozialdemokratische SPÖ den Straßenneubau auf Biegen und Brechen durchsetzen. Das ist nur auf den ersten Blick verwunderlich. Unterstützung erhält sie dabei von der ÖVP (Österreichische Volkspartei), die sowohl in der Bundesregierung als auch im Wien umgebenden Bundesland Niederösterreich den Ton angibt. In diesem Ballungsraum leben knapp drei Millionen Menschen, ein Drittel der österreichischen Bevölkerung. Es gibt einen sich ausdehnenden „Speckgürtel“ mit vielen Einfamilienhäusern, Grundstücke und Immobilien in Stadtnähe werden immer teurer. Die Folge sind viele Pendler:innen, die das Auto nützen oder darauf angewiesen sind.

Wachsende Stadt: Profite statt Planung

Doch auch die Stadt Wien selbst ist in den letzten 15 Jahren um 300.000 Einwohner:innen gewachsen und steht nun bei knapp zwei Millionen. Es gab und gibt einen Bauboom, der von privaten Immobilienfirmen getragen und befeuert wurde, die Wohnungspreise und Mieten sind explodiert. Der flächenmäßig größte Bezirk „Donaustadt“ im Südosten Wiens wächst dabei besonders stark – genau dort sollen Lobautunnel und Stadtstraße gebaut werden. Ursprünglich lagen dort verstreut Dörfer zwischen den Feldern vor den Toren der Stadt. Heute ist der Bezirk eine wilde Mischung aus alten Dorfkernen, großen Neubausiedlungen, Einfamilienhäusern, Einkaufszentren, Feldern, Straßen und Autobahnen.

Statt eines geplanten Städtebaus, der von Beginn an Wohnen und Infrastruktur, sowohl im Neubau als auch im Bestand, zusammen denkt, wurden nach und nach Grundstücke an Bauträger vergeben. Es entstand ein wirres, beziehungsloses Durcheinander von Neubauten, die auf Profitmaximierung hin geplant wurden. Die Infrastruktur dazwischen – vor allem Straßen – wurde aus Steuergeld bezahlt. Im Jahr 2013 wurde die Verlängerung der U-Bahnlinie 2 quer durch die Donaustadt fertiggestellt, bis heute fehlen aber weitere entscheidende Schritte zum Ausbau von Öffis[2] und Radwegen. Die Autonutzung und -abhängigkeit ist in der Donaustadt immer noch groß.

Infrastruktur für Investor:innen

Die neue U-Bahn-Endstation befindet sich im Stadtentwicklungsgebiet „Seestadt Aspern“, ein Vorzeigeprojekt der Stadt Wien: eine eigene Stadt (am Wiener Stadtrand) für Zehntausende Menschen rund um einen See – angepriesen als autofreie Stadt der kurzen Wege mit U-Bahnanschluss direkt ins Zentrum. Die SPÖ Wien ist von ihren eigenen Ankündigungen offensichtlich wenig überzeugt und argumentiert, dass es Lobautunnel und Stadtstraße brauche um (privaten) Wohnungsneubau voranzutreiben und neue Wohngebiete anzubinden (auch die Seestadt).

Diese marktbasierte Strategie der letzten Jahre und Jahrzehnte, den (vielfach privaten) Wohnungsbau mit lukrativen Grundstücken und Infrastruktur zu fördern, um so genügend Angebot zu schaffen und die Wohnkosten niedrig zu halten, ist klarerweise gescheitert. Der angeblich „soziale“ Wohnbau in Wien wird längst von profitorientierten Investor:innen dominiert – und die wollen U-Bahnen *und* Straßen. Die großen Baufirmen, mit teils exzellenten Verbindungen in die hohe Politik, verdienen am Wohnungs- und Straßenbau.

Diese Politik zog sich auch durch die Regierungszeit von Rot-Grün in Wien (2010 bis 2020). Die Grünen bekamen mehr Radwege und innerstädtische verkehrsberuhigte Begegnungszonen im Austausch für eine kapitalfreundliche Wohnbaupolitik. Die Wiener Grünen

« Der angeblich „soziale“ Wohnbau in Wien wird längst von profitorientierten Investor:innen dominiert – und die wollen U-Bahnen *und* Straßen. »

stimmten dafür sogar dem Projekt Lobautunnel zu. Heute geben sie sich als ökologische Alternative. Der (einstweilige) Stopp des Lobautunnels durch die grüne Klimaministerin; ist neben dem fragwürdigen Öffi-Klimaticket der einzige Erfolg der Grünen nach zwei Jahren in der Bundesregierung.

Bessere Städte für alle

Besonders perfide ist, dass die SPÖ versucht das Projekt als Klimaschutz und Entlastung für Anwohner:innen zu verkaufen. Dabei zeigen etliche Studien, dass sich der motorisierte Verkehr nur verlagern und längerfristig sogar zunehmen würde. Zudem bedroht der Tunnelbau das ohnehin gefährdete Naturschutzgebiet Lobau.

Es ist gerade die verfehlte und kapitalfreundliche Wohnbaupolitik, die mehr Menschen in grüne Gebiete an den Stadtrand treibt, weil innerstädtisch die Preise für viele unleistbar geworden sind und es dort oft an Ruhe und Natur fehlt. Das auch, weil in guten, zentrumsnahen Lagen massenhaft lukrative, aber gering genutzte oder leerstehende Immobilien entstanden: Luxuswohnungen, halbleere Bürokomplexe, Hotels und „serviced appartments“.

Für manche Lohnabhängige würde sich der Arbeitsweg durch den Lobautunnel verkürzen. Insgesamt würden die Arbeitenden aber weit mehr von qualitativ besserem Städtebau, leistbarem Wohnraum und besseren Öffis und Radwegen profitieren. Klar ist auch, dass es dringend eine wirkliche ökologische Wende braucht und von den Auswirkungen des Klimawandels Einkommensschwächere besonders betroffen sind.

Klimabewegung und Protestcamp

Der Widerstand gegen das Projekt Lobautunnel hat sich über längere Zeit aufgebaut und wurde von verschiedenen Teilen der Klimabewegung aufgegriffen. Ende August wurden schließlich von Aktivisti verschiedener Organisationen (Jugendrat, System Change not Climate Change, Extinction Rebellion, Fridays for Future, Autonome) mehrere Baustellen der Stadtstraße besetzt – bis heute. Mit dabei auch die Initiative „Hirschstetten retten“, die lokale Anwohner:innen vertritt, die keine neuen Straßen in ihren Wohngebieten wollen.

Durch die Besetzung wurde das Thema medial präsenter, die Resonanz in einer linkeren Öffentlichkeit war durchaus groß, sowie auch die Sympathien für die Anliegen. Dennoch entstand keine breitere, dynamische Bewegung. Es kam zu einem Baustopp, der Wiener Bürgermeister nahm zunächst von einer Räumung Abstand, verweigerte jedoch überheblich und autoritär jegliches Gespräch. Anfang Dezember verschickte die Stadt Briefe mit Klagedrohungen in Millionenhöhe an Besetzer:innen (darunter auch 13-Jährige) und „mentale Unterstützer:innen“ (solidarische Menschen und Wissenschafter:innen). Die SPÖ sieht Wien als „ihre“ Stadt an. Proteste und Bewegungen, die nicht kontrolliert werden können und die SPÖ herausfordern, sollen mit allerlei Mitteln autoritär verunglimpft und niedergebügelt werden. Anfang Jänner kam es zu einem Brandanschlag auf einen bewohnten Holzturm im Protestcamp, dessen Hintergründe aber noch unklar sind.

Arbeiter:innen vs. Kapital

Die (einstweilige) Absage des Lobautunnels ist sicherlich ein Erfolg der Klimabewegung und speziell der Besetzer:innen (auch wenn die Stadt Wien am Bau der Stadtstraße festhalten will). Er zeigt, dass es einen Kampf abseits und gegen die herrschende Politik geben kann und muss. Um eine wirkliche Klimawende zu schaffen und zu verhindern, dass die Kosten des Klimawandels weiter durch höhere Preise und Steuern auf die Lohnabhängigen abgewälzt werden, wird es jedoch eine breite, kämpferische Bewegung brauchen. Erst wenn die Arbeitenden die Macht des Kapitals brechen, können wir unsere Lebensqualität sichern und steigern und gleichzeitig dem Klimawandel entgegentreten. ■

Johannes Wolf, Wien

Referenzen

1 Geschlechtsneutrale Selbstbezeichnung der Besetzer:innen

2 ÖPNV, Öffentlicher Personen-Nahverkehr

Pressefreiheit vor Gericht

Der Fall Julian Assange

Seit April 2019 sitzt Julian Assange in Isolationshaft im Südlondoner Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh. Offiziell hat er die Haft für sein Vergehen in Großbritannien schon verbüßt. Mit seiner Flucht in die Botschaft von Ecuador 2012 entzog er sich den Behörden, was ihm nach seiner Verhaftung fünfzig Wochen Gefängnis bescherte, die nun schon mit Hundert Wochen überschritten wurden, aber Assange sitzt immer noch unter unwürdigen Bedingungen in einer Zelle - allein, mit wenigen Stunden Ausgang am Tag. Am 10. Dezember 2021 beschloss nun ein Gericht die Auslieferung an die USA. Das Verfahren wird jedoch vermutlich in die nächste Instanz gehen.

Doch von vorne: Wie es ist zu dieser Situation gekommen?

Julian Assange und andere gründeten 2006 die Website und Organisation „Wikileaks", die die Möglichkeit gab, Staatsdokumente und andere geheime Unterlagen öffentlich zu machen. Theoretisch auch anonym. Es ranken sich viele Verschwörungsmythen um diese Seite, doch am Ende bleibt sie wohl ein Projekt von Netzaktivist:innen in Sorge um die bürgerliche Demokratie. Erstmals wirkliche Bekanntheit erlangte Wikileaks mit einer Veröffentlichung im Jahr 2010. Durch Unterlagen des US-Militärs wurden zahlreiche Kriegsverbrechen der Armee in Afghanistan und im Irak publik. Und damit ging es dann bergab für Julian Assange, der als Gesicht der Seite immer prominenter wurde.

Die Unterlagen stammten von der Whistleblowerin Chelsea Manning, damals unter dem Namen Bradley Manning als US-Soldatin und IT-Spezialistin im Irak stationiert. Sie wurde direkt nach der Veröffentlichung der Unterlagen noch im Irak festgenommen und inhaftiert. Ein wenig später sollte Assange ebenfalls verhaftet werden, dieser floh jedoch in die ecuadorianische Botschaft in London, in der er sieben Jahre, abgeschnitten von der Aussenwelt, ausharren sollte. Die Haftstrafe Mannings endete derweil mit einer Begnadigung durch Obama im Jahr 2017.

Um das ins richtige Licht zu rücken: Obamas Begnadigung entsprach überhaupt nicht dem Stile seiner Politik, wie mit Manning, Assange oder Wikileaks zu verfahren sei, die er während seiner Amtszeit verfolgt hatte. Von Anfang an galt Wikileaks als terroristisch, als staatsfeindlich, kurz gesagt als einer der gefährlichsten Feinde der USA. Die damalige Außenministerin Hillary Clinton sagte über Assange scherzhaft, ob denn nicht jemand mal eine Drohne auf ihn abwerfen könne, dann sei das Problem erledigt.

> « Noch ist Assange nicht ausgeliefert, aber er sitzt in Isolationshaft, die Folter gleichkommt und seinen Gesundheitszustand immer kritischer werden lässt, während ihn nichts Besseres nach der Auslieferung erwartet. »

Man entschied sich dann doch für weniger drastische Methoden und klagte ihn (in Abwesenheit) an. Grundlage der Anklage war der Espionage-Act, ein Gesetz aus dem ersten Weltkrieg, das laut Kritiker:innen dem First Amendement, dem Grundrechtekatalog der US-amerikanischen Verfassung, widerspricht. Die Spione, das sind jetzt eben Whistleblower, und mit dieser Gesetzesauslegung wurden sie gerade unter der Obama-Administration fleißig verfolgt. Man denke nur an Edward Snowden, der sich nach Russland rettete, wo er nach wie vor festsitzt. All die Details zu Folter, Kriegsverbrechen, Massenüberwachung und Drohnenkriegen, die ans Licht kamen, sind ja schon — gelinde gesagt — unangenehm für die Behörden.

Der Espionage-Act bringt einen Katalog drastischer Strafen mit sich, bis hin zur Todesstrafe, die aber aus der Anklage für Assange herausgenommen wurde, da Großbritannien sonst nicht ausliefern würde. Hübsch reduziert auf das Mindeste, was man für seine Vergehen verlangen kann, sind es nur noch 175 Jahre Haft, die ihn erwarten würden, sollte er schuldig gesprochen werden. Das steht allerdings praktisch schon fest, denn der Prozess würde in Alexandria (Virginia) stattfinden, der Hochburg von FBI und CIA, unweit von Washington D.C. und dem Pentagon. Achtzig bis neunzig Prozent der Bevölkerung arbeiten für Geheimdienste oder die US-Regierung und aus ihnen würden sich die Geschworenen in diesem Prozess zusammensetzen, dessen Ausgang keine Überraschungen zu bergen scheint. Wenn wir schon dabei sind:

Die Sache mit den Geheimdiensten

Zum US-Geheimdienst CIA gab es unlängst auch weitläufige Enthüllungen bei Wikileaks. Auch nach Beginn der Isolationshaft Assanges 2019 wurden Dokumente hochgeladen. Im größeren Umfang zuletzt 2017 unter dem Namen „Vault 7 ", der den ganzen Umfang der Gesetzeslosigkeit offenlegte, in dem sich die CIA bewegt.

„Vault 7" bezieht sich vor allem auf die Cyberwaffen der CIA, ihre geheimen Hackingprogramme und die weltweiten

Quelle: https://commons.m.wikimedia.org/wiki/File:Julian_Assange_August_2014.jpg

Spionageoperationen. Eine Anklage nach Espionage-Act wegen der Veröffentlichung von Unterlagen über die Spionage eines Geheimdienstes könnte witzig sein, wenn es nicht so elend wäre.

Irgendwie erscheint es auf der einen Seite nicht verwunderlich, man gewöhnte sich ja schließlich in den letzten Jahren an Einiges, was Geheimdienste angeht. Andererseits liest sich das, was vor allem auch über den Umgang der CIA mit Julian Assange enthüllt wurde, wie ein schlechtes Drehbuch für einen neuen James Bond Film.

Die gesamte ecuadorianische Botschaft wurde verwanzt, mit Kameras und Mikrofonen, vom Klo bis zum Kühlschrank. Pläne von der gewaltvollen Entführung Assanges aus der Botschaft bis zu dessen Ermordung zeigten den Rahmen, in dem sich der allmächtige Geheimdienst bewegt. Der ehemalige CIA-Chef Mike Pompeo, der von Donald Trump 2017 eingesetzt wurde (manche:r erinnert sich), entwickelte anscheinend nahezu persönliche Rachegefühle. Damit scheint er nicht allein zu sein: Hillary Clinton, deren Wahlkampf unter den Wikileaks-Enthüllungen zu ihrem Email-Verkehr stark litt, wird es ähnlich sehen. Das bewegte Donald Trump dazu, eine Zeit lang „I love Wikileaks" bei seinen Wahlkampfveranstaltungen zu skandieren — bis er Präsident wurde, dann sann auch er nach Rache. Denn nun waren Enthüllungen auch für ihn unangenehm.

Assange — ein Exempel

Joe Biden, der schon 2011 als Vize-Präsident Assange als „High-Tech-Terrorist" bezeichnete, setzt die nun über zehn Jahre andauernde Hetzjagd fort. Noch ist Assange nicht ausgeliefert, aber er sitzt in Isolationshaft, die Folter gleichkommt und seinen Gesundheitszustand immer kritischer werden lässt, während ihn nichts Besseres nach der Auslieferung erwartet. Also bleibt der Ausgang dieser Geschichte frustrierend offen. Klar ist jedoch, Wikileaks und ihre Enthüllungen sind für alle Herrschenden mehr als unbequem. Das zeigt sich bei Großbritannien, das für die USA einen schmutzigen Scheinprozess zu Assanges Auslieferung führt und es zeigt sich beim Schweigen von EU und — dort federführend — Deutschland. Auch Annalena Baerbock, die vormals in der Opposition für Assange eintrat, wird jetzt als Außenministerin plötzlich still. Auf die Frage, wie die beschlossene Auslieferung zu bewerten wäre, sagte sie im Dezember 2021, sie kenne das Urteil noch nicht und würde dazu erstmal nichts sagen — und dabei blieb es bis jetzt.

Assange selber bleibt nur ein Mensch, ob man ihn mag oder nicht. Er wird als Gesicht von Wikileaks dafür genutzt, ein Exempel zu statuieren. Um zu zeigen, dass sich niemand mit einer Großmacht wie den USA anlegen sollte. Nicht mit ihrer Armee, nicht mit ihrer Politik, nicht mit ihren Geheimdiensten. Die Verfolgung dieser einzelnen Person ist nichts weiter als ein Angriff auf die Pressefreiheit, ein Angriff auf die Möglichkeit, die bürgerlichen Staatsapparate für ihre menschenfeindliche Politik anzuprangern.

Auch in Deutschland tun Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz worauf sie Lust haben, und falls man wenigstens hinterher gerne wüsste, was passiert ist, sind alle Akten leider plötzlich in den Schredder gefallen. Das zeigte nicht nur der Prozess um die NSU-Morde. Im kapitalistischen Weltsystem formt jeder Staat riesige Apparate zum Schutz der eigenen Wirtschaftsinteressen und zur Unterdrückung der Arbeiter:innenklasse. Wir lehnen Assanges Auslieferung entschieden ab, kämpfen gegen jeden Angriff auf Pressefreiheiten, aber haben keine Illusionen in vermeintliche "Rechtsstaaten". Nur eine Revolution der Arbeiter:innenklasse kann die Welt von Konflikten und Unterdrückung befreien. ■

Maria Brücke (Berlin) und Konstantin Blass (Düsseldorf)

IMPRESSUM | Herausgeberin: RSO, Stiftgasse 8, 1070 Wien | Druck: Eigenvervielfältigung/Flyeralarm
Verantwortlicher Redakteur: Florian Sund, Schmarjestr. 17, 14169 Berlin

VERANSTALTUNGEN

Neben regelmäßigen Online-Veranstaltungen (Termine und Links über unsere Website und Soziale Medien) könnt ihr uns wieder real erleben.

ONLINE—ZOOM | 19:00 Uhr

Do, 03.02. 30 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion – was ist los in den ehemaligen Sowjetrepubliken?

Düsseldorf | 19.00 Uhr | Café Solaris, Kopernikusstr. 53

Do, 27.01. Erste Internationale, Marx und Bakunin

Do, 10.02. Revolution und Republik aber welche? - Deutschland in der Novemberrevolution 1918/19

Do, 17.02. Düsseldorf zwischen Kaiserreich und Kommunismus - Stadtspaziergang auf den Spuren der Revolution 1918/19 (Treffpunkt wird bei Anfrage über SocialMedia oder Email bekannt gegeben)

Do, 24.02. Film– oder Kneipenabend

SAVE THE DATE! - RSO Sommercamp vom 29.07.2022 — 07.08.2022

>>> Mehr auf www.camp2022.sozialismus.click <<<

Alle bisherigen Referate findet ihr auf unserem YouTube Kanal:
Revolutionär Sozialistische Organisation

Hier findet ihr uns online

Deutschland

www.sozialismus.click
rsodeutschland

Österreich

www.sozialismus.net
rso_organisation
rsoorganisation

rso
revolutionär sozialistische organisation

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Die bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung des gesamten menschlichen Wissens können allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern und gleichzeitig die Welt vor dem Klimakollaps retten. Stattdessen steuert die Welt von einer Krise in die nächste. Ursache für all dies ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Wir, die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO), organisieren uns gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, ist eine freie, demokratische, auf gewählten Räten aufbauende Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die im Interesse aller funktioniert. Die Arbeiter:innenklasse hat das Potenzial, diese Gesellschaft zu verwirklichen. Deshalb geben wir seit vielen Jahren Flugblätter in unterschiedlichen Betrieben heraus, mit denen wir Missstände anprangern, Kolleg:innen ein Sprachrohr bieten und versuchen Basisaktivitäten zu vernetzen. Wir nehmen an Demonstrationen, Aktionen und Arbeitskämpfen teil, diskutieren solidarisch über Politik und tauschen uns mit unterschiedlichen Aktivist:innen aus. In sozialen und ökologischen Konflikten treten wir für die Selbstorganisation und die Ausdehnung der Kämpfe auf breitere Teile der Lohnabhängigen ein. Für uns ist der Kampf gegen Ausbeutung, gegen Sexismus und Rassismus, gegen Rechtsextremismus und gegen Umweltzerstörung immer verbunden mit einem Kampf gegen den Kapitalismus. Denn der verhindert ein solidarisches Zusammenleben.

Wir sind in verschiedenen Städten und Ländern aktiv und vernetzt, zurzeit in Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA. Dabei setzen wir uns ein für den Aufbau einer revolutionär kommunistischen Internationale in der Welt und für den Aufbau unabhängiger Parteien der Arbeiter:innenklasse, abseits von reformistischen und bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparaten. Wenn Du an diesem Projekt interessiert bist, dann tritt mit uns in Kontakt, werde mit uns aktiv und unterstütze uns im Aufbau einer revolutionären und sozialistischen Organisation!

Eine ausführlichere Version findet ihr auf www.sozialismus.click/was-wir-wollen/

Ihr erreicht uns in Deutschland unter:

info@sozialismus.click
www.sozialismus.click
+49 1777 800571

Und in Österreich:

rso@sozialismus.net
www.sozialismus.net